

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 68 (1976)
Heft: 4

Artikel: Die schweizerische Wirtschaft in der Rezession
Autor: Traber, Hans A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354799>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schweizerische Wirtschaft in der Rezession

Hans A. Traber

Ökonomen haben seit Monaten ein ziemlich ramponiertes Image. Man wirft ihnen landauf, landab vor, sie hätten weder die Stärke der gegenwärtigen Rezession noch die Länge der wirtschaftlichen Durststrecke rechtzeitig erkannt und deshalb ihre «Wechsel» auf die Erholung der schweizerischen Wirtschaft von Termin zu Termin prolongieren müssen. Auch dem Berichterstatter ist – es sei nicht verheimlicht – vor Jahresfrist dieses Missgeschick widerfahren: Die damalige Prognose «Die Abschwungsphase der Konjunktur wird sich nicht lange fortsetzen» hat sich als unzutreffend erwiesen. Entgegen der damals noch ziemlich verbreiteten Zuversicht ist der 1974 einsetzende Konjunkturabschwung zur stärksten und längsten Rezession der Nachkriegszeit geworden. Das Sozialprodukt als Kennziffer aller für den Markt produzierten Güter und Dienstleistungen ist 1975 um nicht weniger als sieben Prozent gesunken. Angesichts dieser beängstigenden Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit wird – nachdem noch bis vor kurzem ein Nullwachstum als erstrebenswertes Ziel bezeichnet worden ist – verklärt in die Vergangenheit zurückgeblickt. Der Blick in die Zukunft ist dagegen verdüstert. Man beurteilt die Lage als fast verzweifelt und muss sich dennoch von ausländischen Kollegen belehren lassen, dass sich die schweizerische Wirtschaft trotz allem in der Krise der Weltwirtschaft erstaunlich gut gehalten hat.

Was heisst Rezession ?

Einfach ausgedrückt, ist die Rezession ein Schüttelfrost, der die Wirtschaft nach dem Überkonjunkturfieber befällt. Eine Rezession entsteht somit nicht aus dem Nichts, sondern ist ein Teil des Konjunkturzyklus und folgt mit mehr oder weniger heftigen Auswirkungen als Konjunkturabschwung auf jeden Konjunkturaufschwung. Der Ursprung dieses Auf und Ab liegt in der Dynamik des wirtschaftlichen Lebens begründet. Die Bevölkerung und ihr Verhalten, die Technik, die Politik, die Ethik und die Kultur sind dauernden Veränderungen unterworfen, und diese Veränderungen schlagen sich letzten Endes in periodischen Schwankungen der wirtschaftlichen Tätigkeit nieder. So kann, um nur ein Beispiel zu nennen, die Gebrauchsdauer der meisten dauerhaften Konsumgüter in ziemlich weiten Grenzen variiert werden: Die Automobilisten sind im Gefolge der «Ölkrise» ihr Auto etwas länger gefahren und haben hierauf den Kauf eines neuen Wagens wegen der zunehmenden Unsicherheit hinsichtlich Arbeitsplatz und Einkommen noch weiter hinausgeschoben. Dieses an sich «natürliche» Verhalten bringt jedoch

über die Absatzschwierigkeiten der Automobilfabriken ein Moment der Unbeständigkeit in das Wirtschaftsgeschehen.

Konjunkturschwankungen sind seit mehr als 150 Jahren nachweisbar ziemlich regelmässig alle vier Jahre aufgetreten. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind denn auch nicht weniger als sieben konjunkturelle Rückschläge erkennbar, nämlich 1949, 1953, 1957, 1962, 1967, 1971 und neuerdings 1975, wobei die maximale Dauer etwa ein Jahr betrug. Die scheinbare Regelmässigkeit der Konjunkturschwankungen übt seit langem eine beträchtliche Suggestivkraft aus. Namhafte Autoren meinen, nicht weniger als vier Arten von – praktisch durch die Natur vorgezeichnete – rhythmischen Wellenbewegungen entdeckt zu haben. So sollen eine kurze Welle von drei Jahren, eine mittlere von acht bis elf Jahren und eine lange von 50 bis 60 Jahren und eine sehr lange von 150 Jahren Dauer existieren. Überdies sollen die diese Wellen kennzeichnenden Zahlenreihen ein konjunkturelles Tief im Sinne einer tiefgreifenden und langanhaltenden Zäsur im Wirtschaftsleben für die Mitte der siebziger Jahre andeuten.

Nach diesem «Konjunkturkalender» war 1975 die Rezession sozusagen weltweit fällig. Bei näherer Betrachtung ist jedoch das Bild von den rhythmisch wiederkehrenden Konjunkturschwankungen keineswegs so klar und eindeutig. Vielmehr hat jeder Konjunkturzyklus seinen eigenen, historisch einmaligen Charakter und verläuft anders. Es gibt deshalb kein Normalschema, und erst die Geschichte vermag die jeweiligen Besonderheiten aufzuzeigen. Dagegen ist es klar, dass die gegenwärtige Rezession nicht anders entstanden ist und keine anderen Gründe hat als frühere Rezessionen. Man kann sogar sagen, dass es zu dieser Rezession gekommen ist, wie es nach allen Regeln der Konjunkturerfahrung kommen musste. Überrascht wurden bloss jene Optimisten, die die Konjunkturschwankungen für tot erklärt hatten und nur noch an ein stetes, gleichmässiges Wachstum glaubten, obwohl es gerade in einem solchen Milieu des allgemeinen Optimismus zum Fieber der Überkonjunktur und – als Reaktion darauf – zum Schüttelfrost der Rezession kommen musste. Es gibt zwar Konjunkturtheorien in reicher Fülle, die auf der phantastischen Seite mit Sonnenflecken und anderen Einflüssen der Gestirne in Verbindung stehen, auf der realen Seite die Konjunkturschwankungen mit Schwankungen der Geldmenge, des Konsums oder auch nur mit der Unvollkommenheit des menschlichen Verhaltens erklären. Und jedem Konjunkturpolitiker gefällt seine Theorie wie dem Narren die Kappe.

Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden, dass die gegenwärtige Rezession die typische Reaktion auf einen inflatorisch finanzierten Überinvestitions- und Überkonsumboom ist. Dieser Boom musste zusammenbrechen, als nach dem Zusammenbruch der internationalen Währungsordnung anfangs 1973 die Wirtschaft in der Schweiz und anderswo wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden

sollte, als mit Rücksicht auf die Belastung der Umwelt zur sparsameren Produktion und im Schatten einer drohenden Energie- und Ernährungskrise auch zu Verbrauchseinschränkungen aufgerufen wurde und sich in der Folge die Nachfrage nur noch stockend entwickelte. Man kann sich sogar fragen, ob die Rezession nicht als typische «Nachkriegsrezession» zu bezeichnen ist, die 1972 durch die Herauslösung der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Vietnamkonflikt «ausgelöst» wurde. Damals hatte sich – im Gegensatz zu 1945 – kein Land ökonomisch auf das Konfliktende vorbereitet, so dass zum Ausgleich des schlagartig schrumpfenden militärischen Verbrauchs keine entsprechende zivile Nachfrage bereitstand. Das ist vielleicht der Grund, warum die Rezession 1975 weltweit aufgetreten und fast überall eine ausserordentliche Schärfe angenommen hat¹.

Weltweiter Rückgang von Produktion und Beschäftigung

Nicht nur die Schweiz, sondern die westlichen Industrieländer insgesamt erlitten 1975 die schwerste Rezession seit 30 Jahren. Das Sozialprodukt aller 24 OECD-Länder schrumpfte um etwa 3 Prozent, statt wie bisher um 10 Prozent anzusteigen. Diese Schrumpfung war von einem drastischen Rückgang der Zahl der Beschäftigten und einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Man schätzt, dass die Zahl der Arbeitslosen in diesen OECD-Ländern im Winter das Rekordniveau von 17 Millionen oder 6 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung erreicht hat. So stellte sich die Arbeitslosenquote Ende 1975 in den Vereinigten Staaten auf über 8 Prozent, in Kanada auf 7 Prozent, in Grossbritannien auf fast 6 Prozent, in Frankreich auf 5 Prozent und in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien auf 4 Prozent.

Die betroffenen Länder haben diesem Desaster mit zahlreichen Stimulierungsmassnahmen (Steuerrückerstattungen an Private und an Unternehmen, vermehrte öffentliche Aufträge, reichlichere und billigere Geldversorgung usw.) zu begegnen versucht; zum Teil ist die Rezession mit protektionistischen Massnahmen auf andere Länder abgelenkt worden, wie dies früher durch Währungsabwertungen geschehen ist. Der Schrumpfungsprozess ist in der Folge grösstenteils zum Stillstand gekommen; in den USA, in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich ist sogar eine allmähliche Wendung zum Besseren eingetreten. Die früheren Produktionsausfälle konnten aber noch nirgends aufgeholt werden, und die Arbeitslosigkeit ist erst minimal reduziert. Gewisse Auguren befürchten

¹ Mit «Nachkriegsrezession» sind die quantitativökonomischen Elemente des Konfliktes zu verstehen und nicht seine politisch-historischen Aspekte wie Karl Aeschbach sie im Aufsatz «Wie tief reichen die Ursachen der gegenwärtigen Krise?» im Heft 3, Seite 72ff, der «Rundschau» beschrieben hat.

sogar, diese bescheidene wirtschaftliche Erholung werde den Winter nicht überleben, sondern stelle bloss ein vorüberziehendes «Zwischenhoch» dar. Derartige Kommentare gleichen jedoch jenem Pessimisten, der sich über den erwachenden Frühling nicht freuen kann, weil mit jedem Tag auch der nächste Winter wieder näher rückt.

Warum aber haben die zum Teil massiven und seit Monaten applizierten Stimulierungsmassnahmen die Reprise der Wirtschaft nicht rascher herbeigeführt, und warum erscheint die Erholung noch als gefährdet? Zum einen räumen die meisten Länder der Rezession zum Trotz der Inflationsbekämpfung weiterhin eine höhere Priorität ein, weil die Inflationsraten – obwohl sie fast überall im Sinken begriffen sind – noch einen ausserordentlich hohen Stand aufweisen. Diese Rate betrug im Durchschnitt der OECD-Länder in Europa Ende 1975 noch 11,7 Prozent, wobei die höchsten Zahlen mit 43,6 Prozent in Island und 24,9 Prozent in Grossbritannien, die geringsten dagegen mit 3,4 Prozent in der Schweiz und 4,3 Prozent in Dänemark zu verzeichnen waren. Die nicht unbeträchtlichen Kosten der Stimulierungsmassnahmen müssen deshalb inflationsfrei und nicht über die «Notenpresse» finanziert werden, was anders ausgedrückt heisst, dass sich die Wirtschaftspolitik nur auf dem schmalen Grat zwischen der Skylla der Inflation und der Charybdis der Rezession bewegen kann.

Andererseits bewegt sich die Konjunktur nicht im Schnellzugstempo. So allmählich, wie sich das die Rezession erst ermöglichende Treibhausklima gebildet hat, so zögernd und schwerfällig passen sich die Wirtschaftssubjekte – Produzenten, Konsumenten und der Staat – den veränderten Verhältnissen an: Der Staat, weil die herrschende Meinung jetzt in der Rezession zum Interventionismus zu neigen scheint, nachdem sie jahrzehntelang, insbesondere in der Schweiz, der These von der Selbstregulierung der Wirtschaft gehuldigt hatte; der Konsument, weil ihm lange Jahre das Sparen als die bessere Tugend geschildert worden ist; der Produzent, weil er mit einer Ausweitung des Angebotes jetzt die Rezession überwinden helfen soll, nachdem ihm lange Zeit glaubhaft dargelegt worden ist, damit liesse sich die Inflation am besten bekämpfen. Die Konjunkturspritzen können daher weder Initiative der Unternehmer noch Kaufbereitschaft der Konsumenten ersetzen. Sie stellen bloss eine Initialzündung dar, mit der die Wirtschaft zu neuen Tätigkeiten angeregt werden soll.

Erholung wegen Exportabhängigkeit verzögert

Die Verhältnisse in der schweizerischen Wirtschaft werden noch zusätzlich kompliziert, weil der Aussenhandel eine dominierende Rolle spielt. So wie die Rezession deswegen bei uns im Vergleich

zur Weltwirtschaft eher verspätet eingesetzt hat, so wirkt sich auch die konjunkturelle Erholung im Ausland erst mit einer zeitlichen Verzögerung auf die schweizerische Wirtschaftstätigkeit aus. Der Export von Gütern und Dienstleistungen – über den nach einer Faustregel jeder dritte Franken verdient wird – lässt sich insbesondere unter dem Regime der freischwankenden Wechselkurse nur in sehr begrenztem Rahmen fördern. Wohl sind mit dem Aufkommen der Rezession die Exportrisikoversicherung und weitere Elemente der aussenhandelspolitischen «Infrastruktur» verstärkt worden. Die Exporte sind jedoch in erster Linie von der Nachfrage der ausländischen Kunden abhängig, und nach Mitteilungen aus Kreisen der Exportindustrie sind die Folgen der weltweiten Rezession gravierender als das Handicap des hohen Frankenkurses.

Der schweizerische Export wies deshalb schon Ende 1974 deutliche Schwächetendenzen auf. Der Abwärtstrend hat sich bis Mitte 1975 von Monat zu Monat bis zu einem Rückgang um 20 Prozent verstärkt. Erst im Herbst 1975 trat – auf einem allerdings tiefen Niveau – eine gewisse Stabilisierung ein. Dennoch sank die Ausfuhr 1975 wertmässig von 35,3 Milliarden auf 33,4 Milliarden Franken oder um 5,4 Prozent. Da gleichzeitig die Preise der Exportwaren um 3 Prozent gestiegen sind, ergibt sich real eine Verminderung um 8,2 Prozent (1974: +4,4 Prozent). Dieser Rückgang rührt im wesentlichen von Halbfabrikaten (–13,6 Prozent) und von Konsumgütern (–7,2 Prozent) her. Betroffen waren in erster Linie die chemische Industrie (–10 Prozent), die bei den Farbstoffen Rückgänge bis 30 Prozent in Kauf nehmen musste, und die Textil- und Bekleidungsindustrie (–17,5 Prozent), obwohl bei Schuhen ein Mehrumsatz und bei Wirk- und Strickwaren das Vorjahresergebnis erzielt worden sind. Gesunken sind ferner die Verkäufe von Schokolade (–8 Prozent) und von Tabakfabrikaten (–3 Prozent); die letzteren sind damit auf die Hälfte des 1970 erzielten Wertes zurückgefallen.

Die Uhrenindustrie ist durch das Zusammentreffen mehrerer Faktoren regelrecht aus dem Sattel geworfen worden. Sie ist bei einer Exportquote von 97 Prozent durch die Höherbewertung des Schweizer Frankens vor allem in den USA weitgehend ihrer Konkurrenzfähigkeit beraubt worden. Sie hat wegen der verminderten Ausgabenfreudigkeit der krisenverängstigten Kundschaft und bedrängt durch die vollelektronische Armbanduhr ausländischer Elektronikfirmen und Halbleiterproduzenten einen Viertel bis einen Drittel ihrer Substanz verloren. Spät, dafür um so schmerzlicher rächt sich, dass jahrzehntelang an einer der Krisennot der dreissiger Jahre entsprungenen Abschirmungs- und Isolationspolitik festgehalten worden ist, deren dirigistischen Satzungen und kartellistischen Praktiken, wie die NZZ kürzlich geschrieben hat, es der Uhrenindustrie bis zur Mitte der sechziger Jahre verwehrt haben, wie Unternehmen anderer Exportbranchen aus der binnenwirtschaftlichen Enge her-

auszutreten. Der «Beweis» für diesen «Sündenfall» liefert die Maschinenindustrie: Diese Sparte verzeichnete als grösster Zweig der schweizerischen Exportwirtschaft 1975 einen Zuwachs von über 5 Prozent; die Ausfuhr von elektrischen Maschinen und Apparaten konnte sogar um über 9 Prozent erhöht werden. Die Maschinenindustrie operiert jedoch anders als die Uhrenindustrie nicht nur von einer schweizerischen Operationsbasis aus.

Bei der Beurteilung der Aussichten für 1976 überwiegen Unsicherheit und Zurückhaltung, weil sich die konjunkturelle Erholung im Ausland wie erwähnt erfahrungsgemäss erst mit einer zeitlichen Verzögerung in grösseren Aufträgen der schweizerischen Exportbranchen niederschlägt. Auf mittlere Frist gesehen, stehen die Chancen jedoch nicht schlecht. Mehr als die Hälfte des Kursanstiegs des Schweizer Frankens ist nämlich durch die Vergleichsweise günstigen Kostenverhältnisse in der Schweiz absorbiert worden, indem sich die Teuerungsrate bei uns – nicht zuletzt als Folge der wechselkursbedingten Verbilligung der Importe – stärker verringerte als im Ausland. So bleibt nach Meinung eines früheren Delegierten für Arbeitsbeschaffung und späteren Leiters einer Exportfirma bloss eine «unnatürliche» Überbewertung des Frankens von 10 bis 15 Prozent, und «mit der sollte unsere Wirtschaft fertig werden».

Aderlass am Arbeitsmarkt

Rasch und scharf hat der Arbeitsmarkt auf den Konjunktureenbruch reagiert: Die Zahl der Beschäftigten hat sich seit mehr als anderthalb Jahren kontinuierlich verringert, und bereits im letzten Herbst musste ein Verlust von über 200 000 Arbeitsplätzen oder 8 Prozent des Bestandes registriert werden. Davon erfasst wurden mit Ausnahme des Gastgewerbes, des Gesundheitswesens und der Gruppen Banken und Versicherungen alle Wirtschaftszweige. Am markantesten war der Rückgang in der Bauwirtschaft mit fast 25 Prozent, gefolgt von der Uhrenindustrie mit 20 Prozent, dem Baunebengewerbe mit 15 Prozent und der Textilindustrie mit 13 Prozent. Dieser Beschäftigungsschwund schlug sich umgehend in einer steigenden Arbeitslosigkeit nieder. Die Zahl der Ganzarbeitslosen stieg bereits von Mitte 1974 bis Ende 1974 von 62 auf 1030 an und nahm hierauf mit monatlichen Raten von 20 und mehr Prozent auf 31 579 im Januar 1976 zu oder auf 1,1 Prozent der aktiven Bevölkerung. Man muss bis 1950 zurückgehen, um ähnlich hohe Zahlen zu finden. Damals wurden im Januar 30 177 Ganzarbeitslose gezählt, während im Höhepunkt der Weltwirtschaftsdepression im Jahre 1936 in unserem Lande weit über 100 000 Personen oder etwa 5 Prozent aller Arbeitskräfte ohne Arbeit waren.

Bemerkenswert an der Arbeitslosenzahl ist, dass sie nur einem Zehntel der seit der Rezession verloren gegangenen Arbeitsplätze entspricht. Zwei Tatbestände sind dafür massgebend: Erstens ist eine sich allmählich steigernde Zahl von ausländischen Arbeitskräften in ihre Heimat zurückgewandert, und diese Rückwanderung dürfte etwa der Hälfte der verlorenen 200 000 Arbeitsplätze entsprechen. Zweitens trat die schweizerische Wirtschaft aus einer Phase der Überbeschäftigung in die Rezession ein, so dass der Abbau vorerst durch die in den Jahren der Überkonjunktur mobilisierten «letzten Reserven» wie Pensionierte, Hausfrauen usw. getragen werden musste.

Schliesslich – und dies ist ein weiteres Phänomen der gegenwärtigen Rezession – ist eine Teilarbeitslosigkeit aufgetreten, der in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung der gleiche Stellenwert wie der Ganzarbeitslosigkeit zukommt: Im Dezember 1975 haben 2516 Betriebe Kurzarbeit gemeldet. Betroffen waren 136 661 Männer und Frauen, für die 5,04 Millionen Ausfallstunden oder – bezogen auf die durchschnittliche Arbeitszeit – eine mittlere 20prozentige Kurzarbeit ausgewiesen wurde. Anders ausgedrückt, wären ebenfalls 5,04 Millionen Ausfallstunden zu registrieren gewesen, wenn an Stelle dieser Kurzarbeit weitere 28 000 Arbeitnehmer ganzarbeitslos geworden wären. Aus dieser Sicht erweist sich die Kurzarbeit als das geringere Übel: Kurzarbeit bedeutet im Vergleich zu Entlassungen ein weit weniger scharfer Eingriff, und wegen der zu geringen Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen zu Beginn der Rezession drängte sich dieser weniger scharfe Eingriff denn auch auf. Zur Vermeidung von Einkommensausfällen – und damit zur Stützung der Konjunktur – ist per 1. Januar 1976 die Entschädigungsdauer für Teilarbeitslose von zwölf Monaten auf neu 18 Monate innerhalb einer Zweijahresperiode ausgedehnt worden. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass Kurzarbeit problematisch wird, je länger sie dauert. Abgesehen von offensichtlichen Missbräuchen trägt Kurzarbeit zur Konservierung ungesunder oder gar überholter Beschäftigungsstrukturen bei. Glücklicherweise waren in letzter Zeit zahlreiche Meldungen über die Wiederaufnahme der Vollarbeit zu vernehmen, und nach der jüngsten Erhebung des BIGA hat sich die Teilarbeitslosigkeit gemessen an der Zahl der betroffenen Personen um 12 Prozent und gemessen an den Ausfallstunden sogar um 24 Prozent verringert. Ein weiterer Hoffnungsstrahl bedeutet die Tatsache, dass sich gleichzeitig auch die Zahl der «aus wirtschaftlichen Gründen» vorgenommenen Entlassungen merklich verringert hat und im Februar die Arbeitslosigkeit «nur» noch um 2 Prozent von 31 579 auf 32 216 zugenommen hat.

Dennoch ist nach Meinung der Kommission für Konjunkturfüragen eine rasche und nachhaltige Besserung der Beschäftigungslage nicht wahrscheinlich. Die Beschäftigung hinkt der Produktion je-

weils nach, so dass die zu erwartende konjunkturelle Belebung vorerst eine bessere Ausnützung der zurzeit nur zu drei Vierteln ausgelasteten Produktionskapazitäten zur Folge haben wird. Erst später, wenn Kapazitätserweiterungen erforderlich würden, sei mit einer Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten zu rechnen.

Unruhe an der Lohnfront

Die Rezession hat ihre Spuren auch an der Lohnfront hinterlassen. Der Lohnanstieg, der 1974 je nach Wirtschaftszweig und Arbeitnehmerkategorie noch 10–15 Prozent betragen hat, ist 1975 von Quartal zu Quartal geringer geworden. Gemäss der Statistik der verunfallten Arbeitnehmer entsprach die Erhöhung der Durchschnittsverdienste nur noch etwa dem Ausmass der Teuerungsrate. Diese Lohnerhöhungen mögen zwar manchem Finanzbuchhalter Sorgen bereitet haben, sie haben aber, weil durch sie die Kaufkraft der Löhne weitgehend erhalten geblieben ist, einen weiteren Rückgang des Konsums und damit eine nochmalige Verschärfung der Krise verhindert. Die Lohnentwicklung verlief allerdings sehr differenziert. Während in einigen Branchen – so nicht zuletzt in der gewichtigen Maschinenindustrie – Ende 1975 noch Verbesserungen zu konstatieren waren, sind in vier Wirtschaftszweigen, nämlich in der Textil-, Bekleidungs-, Kautschuk- und in der Lederindustrie die absoluten Verdienste infolge der veränderten Beschäftigungslage sogar knapp unter den Ende 1974 erreichten Stand zurückgesunken.

Der Einfluss der Kurzarbeit zeigt sich schliesslich darin, dass 1975 die Monatsverdienste in der Mehrzahl der Wirtschaftszweige am Jahresende tiefer lagen, als am Jahresanfang. In früheren Jahren, insbesondere 1974, haben sie sich dagegen im Jahresablauf stets verbessert. Demgegenüber stiegen die Stundenlöhne – sofern von gewissen jahreszeitlichen Schwankungen abgesehen wird – auch im Verlaufe des Jahres 1975 weiter an; die Kurzarbeit äussert sich bei dieser Form der Entlohnung nicht in sinkenden Löhnen, sondern in einem Rückgang der bezahlten Arbeitszeit.

Zwei Umstände sind zu berücksichtigen: Erstens sind zahlreiche der ursprünglich nur als teilweisen Teuerungsausgleich gedachten Lohnverbesserungen durch den rapiden Rückgang der Teuerung nachträglich doch noch zum Vollaussgleich geworden. Der Kampf des Bundesrates gegen die Inflation hat nämlich Erfolg gezeigt. Die am Landesindex gemessene Teuerung hat sich vor allem von Mitte 1975 an rasch verringert. Im August ist erstmals seit drei Jahren die sieben-Prozent-Schwelle und im November bereits die vier-Prozent-Grenze unterschritten worden; im Februar 1976 ist mit bloss 3 Prozent das Erreichte deutlich konsolidiert worden. Unser Land weist dadurch die geringste Teuerungsrate der westlichen Welt auf, und dieser Erfolg hilft vorerst einmal der Exportwirtschaft, ihre durch das

Hinaufschnellen des Frankenkurses vor drei Jahren schlagartig beeinträchtigte Stellung auf den internationalen Märkten wieder zu festigen.

Zweitens hat die zunehmende Verbreitung von Gesamtarbeitsverträgen und Besoldungsordnungen mit Teuerungsausgleichsbestimmungen ein da und dort als «Heilmittel» gegen die Rezession propagiertes Abgleiten der Reallöhne verhindert; beim öffentlichen Personal sind jedoch sowohl beim Bund als auch bei Kantonen und Gemeinden durch Modifikationen des Teuerungsausgleichssystems «Einsparungen» getätigt worden. Diese treffen den einzelnen zwar nur mit relativ kleinen Beträgen; im ganzen gesehen gehen sie aber doch in die Millionen. Diese Beträge stehen nun für andere Zwecke zur Verfügung – und im Rahmen der drei Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes sind sie wohl bereits in den Kreislauf eingebracht worden; doch für den Konsum sind sie ausgefallen. Gegner der «Konsumtheorie» mögen darüber befriedigt sein. Nichts kann jedoch darüber hinwegtäuschen, dass nichts aus blosser Freude am Surren der Produktionsmaschine produziert wird – auch Investitionsgüter nicht. Zweck eines jeden Produzierens ist letzten Endes das Konsumieren des Produktes. Und was Konsumausfall bedeutet, haben – an aktuellen Beispielen mangelt es zurzeit nicht – beispielsweise die Uhrenindustrie, die Textilindustrie und das Baugewerbe drastisch erlebt. Firmen der Uhren- und Textilbranche sollen gezwungen gewesen sein, die Produktion eines ganzen Jahres auf Lager zu arbeiten, und eine Reprise der Wohnbautätigkeit wird durch die 50 774 leerstehenden Wohnungen per 1. Dezember 1975 oder zwei Drittel der 1974 produzierten Wohnungen gehemmt. Gleichzeitig werden Meldungen verbreitet, wonach auf den Pillenknick bei den Geburten bereits ein Rezessionsknick folge, so dass sich das ohnehin nur noch mässige Wachstum der Bevölkerung nochmals verlangsamen und wegen der Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien gar vollständig verschwinden werde.

Staatliches Gegensteuer

Der Ausfall der privaten Nachfrage auf breiter Front – geringere Ausgaben der Konsumenten, Zusammenbruch der Wohnbautätigkeit, sinkende Investitionen der Unternehmen und dünnere Auftragsbücher für den Export – haben den Staat gezwungen, in die Lücke zu springen und neue Nachfrage zu schaffen.

Mit einem ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm löste der Bund bereits im Juni 1975 ein zusätzliches Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Franken aus. Davon entfielen über 95 Prozent auf Bauaufträge. Das zweite Programm, das als Zusatz zum Bundesbudget 1976 konzipiert war, sah weitere Aufträge für 1,1 Milliarden Franken vor, während das dritte von den Eidgenössischen Räten in der März-

Session 1976 behandelte Programm – mit einer deutlichen Verlagerung zugunsten von Materialbeschaffungen – neue Aufträge im Wert von zwei Milliarden Franken vorsieht. Dazu kommt noch eine Milliarde Franken für vorgezogene Bauleistungen, darunter der Ausbau der Lötschbergbahn, die Zollschiene in Liestal und das EMD-Verwaltungszentrum in Bern.

Die Bundeshilfe beträgt somit über fünf Milliarden Franken. Sie entspricht etwa der Hälfte des 1975 eingetretenen Rückganges des Sozialproduktes, und das ist ganz respektabel. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme sind überdies flexibel konzipiert. Sollte sich die Lage bessern, so werden die Zusatzinvestitionen gebremst. Andererseits wird im EVD an einem weiteren Programm gearbeitet, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein.

Der Bund will diese Hilfe für den Kapitalmarkt finanzieren und nicht zu inflationären Vorkehrungen Zuflucht nehmen. Dabei wird er von der Nationalbank nachhaltig unterstützt. Sie hat die Wirtschaft angesichts der Rezession und der Arbeitslosigkeit bereits 1975 reichlich mit Geld versorgt – durch die «recht expansive Geldpolitik» erhöhten sich der Notenumlauf und die Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie um 10 Prozent – und strebt auch 1976 ein weiteres Wachstum der Geldmenge um 6 Prozent an.

Zusammen mit der rezessionsbedingten geringeren Kreditnachfrage war ein massiver Druck auf die Zinssätze die Folge, und bereits das Jahr 1975 ist durch ein rasches Sinken der Zinssätze charakterisiert worden. Der Diskontsatz, zu dem die Nationalbank anderen Banken Geld borgt, wurde in fünf Etappen von 5,5 auf 3 Prozent und im Januar 1976 sogar auf 2,5 Prozent gesenkt, was dem tiefsten Stand seit zehn Jahren entspricht. Die Rendite der eidgenössischen Obligationen verringerte sich von fast acht Prozent per Ende 1974 auf knapp 5,5 Prozent im Januar 1976, jene der Kassenobligationen von zwölf Kantonalbanken von 7 auf 5,5 Prozent; drei- bis vierjährige Papiere werden neuerdings sogar nur noch zu 4,75 Prozent abgegeben. Mehr und mehr Banken schliesslich haben den Satz für neue Hypotheken auf die Höhe des Zinses für Althypotheken reduziert, und eine zunehmend grössere Zahl von Banken hat bereits eine Ermässigung der Zinssätze für alte Hypotheken angekündigt. Werden im Gefolge dieser Hypothekarzinssenkungen auch die Mietzinse gesenkt – was durch den «politischen» Druck zweifellos erzwungen wird –, so hätte dies eine weitere namhafte Verringerung der Teuerungsrate zur Folge. Würden die Mietzinse analog dem Aufschlag im Herbst 1974 pro 0,25 Prozent Hypothekarzins um 3,5 Prozent ermässigt, so müsste dies zu einem Rückgang des Landesindex um 0,7 Prozent führen. Die Teuerungsrate würde sich dabei von gegenwärtig 3 Prozent auf etwa 2,5 Prozent reduzieren. Vergleichsweise sei erwähnt, dass der Landesindex auf Grund

der am 1. Januar 1976 in Kraft getretenen Erhöhung der Posttaxen um 0,4 Prozent angestiegen ist.

Die Geldpolitik der Nationalbank hat aber auch den Bedürfnissen der Exportwirtschaft Rechnung getragen. Exportkredite mit einer Laufzeit von zwei bis fünf Jahren sind minimal zu 6,5 Prozent erhältlich, was im Vergleich zu den wichtigsten europäischen Ländern und der USA dem zweittiefsten Satz entspricht; einzig in Frankreich sind mit minimal 6,3 Prozent noch billigere Exportkredite erhältlich.

Schlussfolgerungen

Rezessionsbekämpfung stellt wie ihr Gegenstück Inflationsbekämpfung eine staatliche Beeinflussung der Nachfrage dar, damit sich die Volkswirtschaft ohne extreme konjunkturelle Ausschläge möglichst gleichmässig entwickelt. Bund, Kantone und Gemeinden müssen sich im Hinblick auf dieses Ziel antizyklisch verhalten und übermässige Nachfrageschwankungen der privaten Wirtschaft durch eine entgegengesetzte Veränderung ihrer eigenen Nachfrage ausgleichen. Sie werden dabei von der Nationalbank unterstützt, die eine möglichst gleichmässige, mit dem angestrebten Konjunkturverlauf harmonisierende Geldmengenentwicklung anvisiert. Sie will so einerseits der Volkswirtschaft genügend Geldmittel zur Überwindung der Rezession zur Verfügung stellen, andererseits aber eine neue Geldschwemme und damit eine neue Inflationswelle verhindern.

Die Chancen der schweizerischen Volkswirtschaft sind deshalb nicht schlecht. Erstens erweckt die konjunkturelle Besserung bei den wichtigsten ausländischen Handelspartnern berechtigte Hoffnungen, dass das Konjunkturtief im Laufe des Jahres durchschritten wird. Zweitens sind mit den in der Rezession eingetretenen Strukturbereinigungen die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass sich unsere Volkswirtschaft künftig normal entwickeln kann. Die grossen freien Produktionskapazitäten werden nur eine Mengenkonzunktur erlauben und deshalb echte Produktivitätsfortschritte ermöglichen, so dass sich auch die Inflation überwinden lassen wird. Drittens ist mit der Rezession drastisch demonstriert worden, dass die These von der Selbstregulierung der Wirtschaft zu untragbaren Opfern führt und mit blossen Schlagworten wie Gesundschrimpung und Redimensionierung allzu leichtfertig am Schicksal der Betroffenen vorbeigeht. An die Stelle des egozentrischen Wohlstandsbürgers, der jede gemeinschaftliche Verantwortung ablehnt, scheinen endlich die Eidgenossen zu treten, die ihren Bund für alle Eventualitäten wappnen und ihn deshalb mit einem umfassenden konjunkturpolitischen Instrumentarium ausrüsten möchten.